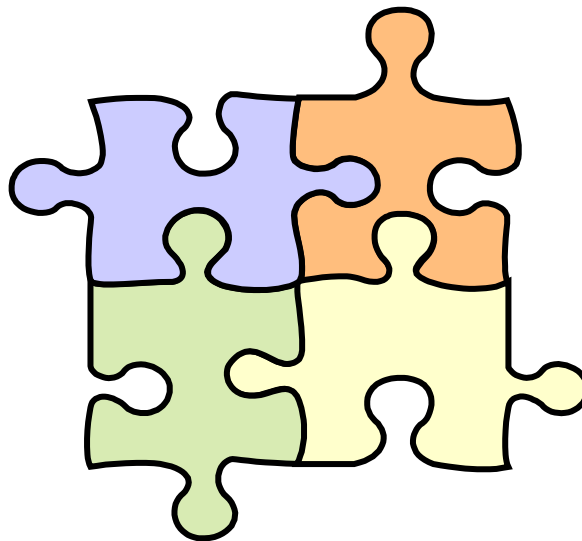
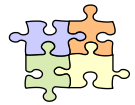


Arbeitshilfe Mitwirkungspflichten nach §§ 60-67 SGB I im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende SGB II



Autoren:

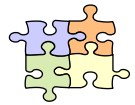
Manuela Stolle, ARGE Burgenlandkreis
Stefanie Brunke, ARGE Stendal
Melanie Priebe, ARGE Aschersleben-Staßfurt
Holger Grusenick, RD BB, Interne Beratung
Daniel Dähn, ARGE Hamburg
Dirk Lehnert, ARGE Hagen
Roland Pribil, Zentrale SP II 21
Gerhild Starck, Zentrale SP II 21



Inhaltsverzeichnis

- I. [Vorbemerkung – Ziele der Arbeitshilfe](#)
- II. [Allgemeines und Begriffsbestimmungen](#)
- III. [Aufforderung zur Mitwirkung](#)
 - 1. [Wer ist zur Mitwirkung verpflichtet?](#)
 - 2. [Wie lange besteht Mitwirkungspflicht?](#)
 - 3. [Inhalt der Mitwirkungspflichten](#)
 - 3.1 [Angabe von Tatsachen \(§ 60 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 HS 1 SGB I \)](#)
[Beispiele zur Mitwirkungspflicht nach § 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB I](#)
 - 3.2 [Zustimmung zur Erteilung von Auskünften \(§ 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 HS 2 SGB I \)](#)
 - 3.3 [Mitteilung von Änderungen \(§ 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB I \)](#)
[Beispiele zur Mitwirkungspflicht nach § 60 Abs. 1 Nr. 2 SGB I](#)
 - 3.4 [Bezeichnung von Beweismitteln/Vorlage von Beweisurkunden \(§ 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB I \)](#)
[Beispiele zur Mitwirkungspflicht nach § 60 Abs. 1 Nr. 3 SGB I](#)
 - 3.5 [Mitwirkung von Erstattungspflichtigen \(§ 60 Abs. 1 Satz 2 SGB I \)](#)
 - 3.6 [Benutzung von Vordrucken \(§ 60 Abs. 2 SGB I \)](#)
 - 4. [Was ist hinsichtlich des Verfahrens zu beachten?](#)
 - 5. [Mitwirkung durch persönliches Erscheinen \(§ 61 SGB I \)](#)
 - 6. [Mitwirkung im Rahmen von Untersuchungen \(§ 62 SGB I \)](#)
 - 7. [Grenzen der Mitwirkung \(§ 65 SGB I \)](#)
 - 7.1 [Allgemeine Grenzen der Mitwirkung nach § 65 Abs. 1 SGB I](#)
 - 7.2 [Grenzen der Zumutbarkeit von Behandlung und Untersuchung nach § 65 Abs. 2 SGB I](#)
 - 7.3 [Recht auf Verweigerung von Angaben nach § 65 Abs. 3 SGB I](#)
- IV. [Folgen fehlender Mitwirkung - Entziehung/Versagung \(§ 66 SGB I \)](#)
- V. [Nachholung der Mitwirkung \(§ 67 SGB I \)](#)
 - 1. [Gesichtspunkte des Ermessens](#)
 - 2. [Kosten](#)
- VI. [Ablaufschema](#)

[Anlage 1 Gesetzliche Grundlagen SGB I](#)



I. Vorbemerkung – Ziele der Arbeitshilfe

Ziel dieser Arbeitshilfe ist es, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rechtskreises SGB II neben den Schulungsunterlagen zu den Mitwirkungspflichten nach dem SGB I, die als [Selbstlernmodul im Intranet](#) zur Verfügung gestellt sind, durch eine am Ablauf der Sachbearbeitung orientierte Darstellung der Rechtslage zu unterstützen. Dabei lag den Autoren insbesondere auch die Tauglichkeit als „Anleitung“ bei der Einarbeitung z. B. von Quereinsteigern am Herzen. Die Arbeitshilfe soll darüber hinaus eine Hilfestellung für die tägliche Praxis sowohl im Leistungs- als auch im Vermittlungsbereich geben. Deshalb wurde ihr ein Ablaufschema beigelegt, von dem auch einzelne Abschnitte genutzt werden können. Die Arbeitshilfe bietet zudem ausführliche Informationen und praktische Beispiele.

Das nachfolgende Dokument verzichtet zur besseren Lesbarkeit auf die explizite Nennung der weiblichen Form. Dennoch sind ausdrücklich auch weibliche Personen gemeint.

II. Allgemeines

Nach dem Untersuchungsgrundsatz des § 20 SGB X hat die Behörde den Sachverhalt von Amts wegen zu ermitteln. Für Art und Umfang der Ermittlungen kommt es nur auf die Entscheidungserheblichkeit an. Gleichwohl sind die Sozialleistungsträger in besonderem Maße auf die Mitwirkung der Leistungsberechtigten angewiesen, weil überwiegend aus ihrer Sphäre die notwendigen Informationen beschafft werden müssen. Um eine möglichst sachgerechte Entscheidung zu ermöglichen und das Verwaltungsverfahren zu erleichtern, wird dem Antragsteller/Leistungsberechtigten die Pflicht auferlegt, an der Sachverhaltsermittlung mitzuwirken.

Die Vorschriften über die Mitwirkung des Leistungsempfängers setzen dort an, wo die Ermittlung von Amts wegen mit unverhältnismäßigem Aufwand verbunden oder unmöglich wäre. Speziell die Regelung in § 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB I verfolgt den Zweck, es dem Leistungsträger überhaupt erst zu ermöglichen, die erforderlichen Ermittlungen von Amts wegen durchzuführen. Die in § 60 SGB I normierte Mitwirkungspflicht steht daher nicht im Widerspruch zum Amtsermittlungsgrundsatz, sondern sie enthält eine Modifizierung bzw. Konkretisierung dieses Grundsatzes. § 66 Abs. 1 SGB I normiert als Tatbestandsmerkmal, dass die Aufklärung des Sachverhalts durch die unterlassene Mitwirkung erheblich erschwert worden sein muss. Dies belegt, **dass die Mitwirkungspflichten der §§ 60-62, 65 SGB I ausschließlich dazu dienen, die Sachaufklärung durch die Behörde zu ermöglichen.** Sie finden in der behördlichen Aufklärungspflicht ihre materielle Grundlage und können infolgedessen nur in diesem Rahmen bestehen.

Mitwirkungspflichten im engeren, verfahrensrechtlichen Sinne wie das persönliche Erscheinen auf Vorladung durch den Leistungserbringer (§ 61 SGB I) und die Teilnahme an Untersuchungen (§ 62 SGB I) sind von Mitwirkungspflichten im weiteren, materiellen Sinne wie die Duldung einer Heilbehandlung (§ 63 SGB I) und die Teilnahme an Leistungen zur Teilhabe (§ 64 SGB I) zu unterscheiden. Letztere zielen auf die Veränderung der tatsächlichen Umstände ab, die zur Erfüllung der materiellen Voraussetzungen eines Leistungsanspruchs führen, während erstere vor allem die Aufklärung des Sachverhalts ermöglichen sollen.

§ 60 und ebenso die §§ 61 und 62 SGB I stehen daher im weiteren systematischen Zusammenhang mit dem so genannten Amtsermittlungsgrundsatz:

Die §§ 60 ff SGB I regeln, in welchem Umfang der Leistungsempfänger bzw. derjenige, der Leistungen nach dem SGB beantragt hat, aktiv an dem Verfahren mitzuwirken hat, das im Übrigen maßgeblich geprägt ist durch die sich aus § 20 SGB X ergebende Verpflichtung des Leistungserbringers zur Aufklärung des Sachverhalts von Amts wegen.

III. Mitwirkungspflichten gemäß §§ 60 ff SGB I

In Abschnitt III. werden ausschließlich die Regelungen der §§ 60-62 und 65 SGB I behandelt. Die §§ 63-64 SGB I wurden auf Grund eingeschränkter Praxisrelevanz nicht betrachtet.

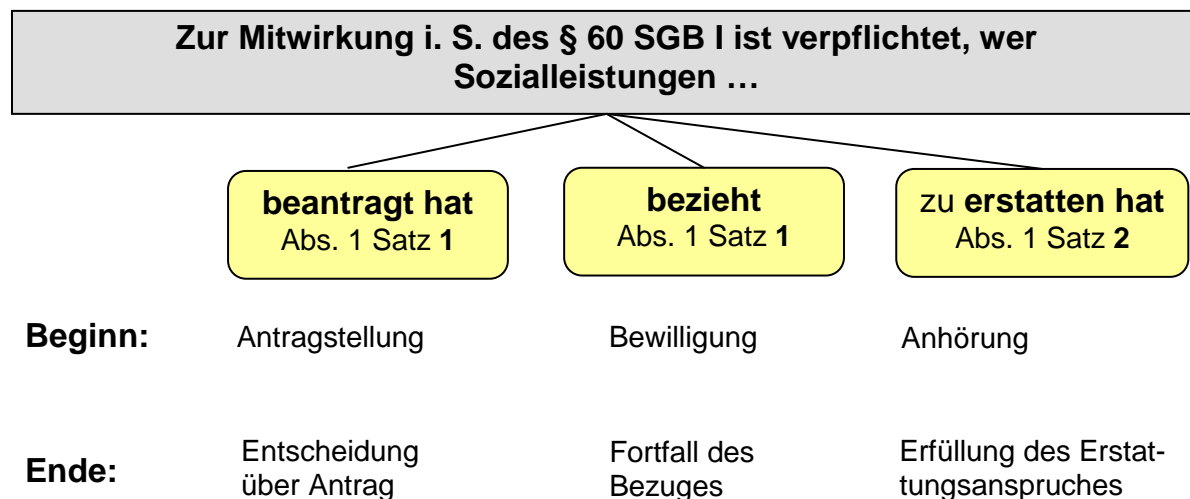
1. Wer ist zur Mitwirkung verpflichtet?

Die Mitwirkungspflichten treffen denjenigen, der **Sozialleistungen**

- **beantragt**,
- **erhält** oder
- **zu erstatten hat**.

Mitwirkungspflichtig ist somit grundsätzlich der Antragsteller bzw. mit Bewilligung einer Leistung der Empfänger der Leistung. **Dazu zählt grundsätzlich jedes Mitglied der Bedarfsgemeinschaft.** Soweit Leistungsberechtigter und Leistungsempfänger nicht identisch sind, trifft die Verpflichtung alle in dieser Weise an dem Sozialrechtsverhältnis Beteiligten.

Im Antragsverfahren ist zudem der nach § 38 SGB II vermutete Bevollmächtigte im Rahmen der erforderlichen Verfahrenshandlungen für und gegen alle vertretenen Mitglieder der BG verpflichtet, mitzuwirken.



Minderjährige sind mitwirkungspflichtig ab 15 Jahre (§ 36 SGB I).

Weil die bei fehlender Mitwirkung drohende Versagung jedoch in ihrer Wirkung der Rücknahme eines Antrages gleich kommt, muss vor dieser der gesetzliche Vertreter eingeschaltet werden (analoge Anwendung des § 36 Abs. 2 Satz 2 – vgl. *Hauck/Noftz – Komm. zum SGB I – § 60 Rn 7*).

Bei nach bürgerlichem Recht Geschäftsunfähigen oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkten, **also bei Personen, die nach § 11 Abs. 1 Nr. 1 und 2 SGB X nicht fähig zur Vornahme von Verfahrenshandlungen sind**, obliegt die Mitwirkung nach § 60 SGB I grundsätzlich dem gesetzlichen Vertreter.

Bei **Minderjährigen** ist zu beachten, dass, wer **das 15. Lebensjahr vollendet** hat, **Anträge auf Sozialleistungen stellen und verfolgen sowie Leistungen entgegennehmen kann** (§ 36 Abs. 1 Satz 1 SGB I). In diesem Fall ist grundsätzlich der Minderjährige selbst als Antragsteller und Leistungsempfänger mitwirkungspflichtig. Soweit es sich jedoch um Mitwirkungshandlungen wie eine Einwilligung in eine ärztliche Untersuchung oder Heilbehandlung handelt, kommt es - auch bei Jugendlichen über 15 Jahren - allein darauf an, ob der Minder-

jährige die notwendige Einsichtsfähigkeit und Urteilskraft besitzt, um die Tragweite seiner Handlung zu erkennen.

In jedem Fall ist bei Minderjährigen der gesetzliche Vertreter über die Mitwirkungspflichten des minderjährigen Antragstellers, Leistungsempfängers oder Erstattungspflichtigen zu informieren.

Mitwirkungspflichtig ist auch derjenige, der lediglich vorläufig bewilligte Leistungen bezieht.

Beispiele zu Mitwirkungspflichtigen nach § 60 Abs. 1 SGB I:

- Antragsteller (jedes BG-Mitglied ab dem 15. Lebensjahr)
- Leistungsempfänger (jedes BG-Mitglied ab dem 15. Lebensjahr)
- Erstattungspflichtige (ab dem 15. Lebensjahr)
- Betreuer von Geschäftsunfähigen oder Geschäftsbeschränkten im Umfang der Betreuung
- gesetzliche Vertreter (bei Minderjährigen bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres)

2. Wie lange besteht Mitwirkungspflicht?

Die Pflicht zur Mitwirkung besteht **in allen Phasen des Sozialleistungsverhältnisses**

- im Rahmen des Antragsverfahrens von der Stellung des Antrages bis zur Zustellung des Bewilligungs- oder Ablehnungsbescheides,
- während des laufenden Leistungsbezuges,
- unter Umständen auch über die Beendigung der eigentlichen Leistungsgewährung hinaus (z. B. bei Erstattungsansprüchen).

Sofern keine konkret bezifferbaren Erstattungsansprüche vorhanden sind und der Leistungsbezug bereits beendet ist, kommen keine Mitwirkungspflichten gemäß §§ 60 ff SGB I in Betracht. In diesen Fällen ist lediglich eine Anhörung gemäß § 24 SGB X möglich, in der sich der Betroffene zu einem konkret zu benennenden Tatbestand äußern kann. Eine bloße Vermutung genügt nicht.

3. Inhalt der Mitwirkungspflichten

3.1 Angabe von Tatsachen (§ 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 HS 1 SGB I)

Die Verpflichtung beinhaltet zunächst die **Angabe aller Tatsachen, die für die Leistung erheblich sind.**

Tatsachen, die für die Entscheidung erheblich sind, können ganz unterschiedliche Lebensbereiche des Antragstellers betreffen. Typische Beispiele sind die persönlichen Lebensumstände sowie die finanzielle Situation.

Beispiele zur Mitwirkungspflicht nach § 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB I:

- Geburtsdatum, Familienstand
- Arbeitgeber und Gründe für die Beendigung des Arbeitsverhältnisses
- Tatsachen, welche die Prüfung des Vorliegens einer Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft (§ 7 Abs. 3 Nr. 3c SGB II) ermöglichen
- Angaben zu Einkommen/Vermögen
- Tatsachen, welche die Prüfung eines möglichen Unterhaltsanspruches ermöglichen

Beispiel 1:

Herr Schulz aus Hamburg stellt am 20.10.2009 einen SGB II-Neuantrag. Herr Schulz nutzt für die Antragstellung den vorgegebenen Antragsvordruck. Diesen hat er sich im Vorfeld über die Internetseite der Bundesagentur für Arbeit ausgedruckt. Herr Schulz macht sämtliche Angaben und legt entsprechende Nachweise vor. Die Angaben bestätigt er durch Unterschrift auf dem Antrag. Er ist damit seiner Mitwirkungspflicht nach § 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 HS 1 und Abs. 2 SGB I nachgekommen.

Beispiel 2:

Die Antragstellerin Frau Meier aus Nürnberg lebt seit über einem Jahr mit Herrn Schmidt zusammen (Einstehens- und Verantwortungsgemeinschaft i. S. von § 7 Abs. 3 Nr. 3c SGB II wird vermutet). Frau Meier beantragt alleine Leistungen nach dem SGB II. Um den Anspruch zu prüfen, sind Angaben zum Einkommen und Vermögen des Herrn Schmidt notwendig. Für Frau Meier besteht nur eine Verpflichtung zur Angabe von Tatsachen, die ihr selbst bekannt sind und die von ihr auch selbst zu leisten sind. Insoweit besteht für Frau Meier keine Verpflichtung gemäß §§ 60 ff SGB I, Angaben zum Vermögen von Herrn Schmidt zu machen. Im Hinblick auf Herrn Schmidt greift die Spezialnorm des § 60 Abs. 4 SGB II.

Beispiel 3:

Die Leistungsbezieherin Frau Müller teilt die Geburt ihrer Tochter Chantall mit. Auf Nachfrage gibt Frau Müller an, dass sie den Namen des Kindesvaters nicht nennen werde. Sie habe keine Beziehung zum Kindesvater und lehne jeden Kontakt ab. Obwohl sie mehrfach auf ihre Mitwirkungspflicht (hier: Angaben zum Kindesvater zur Prüfung eines Anspruches auf Kindesunterhalt nach § 1601 BGB bzw. Unterhaltsleistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz sowie eines Unterhaltsanspruches aus Anlass der Geburt nach § 1615I BGB) hingewiesen wurde, weigert sie sich weiter.

Frau Müller schöpft damit zum einen nicht alle Möglichkeiten zur Beendigung oder Verringerung ihrer Hilfebedürftigkeit (§ 2 Absatz 1 Satz 1 SGB II) aus, zum anderen kommt sie ihrer Verpflichtung, Sozialleistungen anderer Träger in Anspruch zu nehmen und die dafür erforderlichen Anträge zu stellen, sofern dies zur Vermeidung, Beseitigung, Verkürzung oder Verminderung der Hilfebedürftigkeit erforderlich ist (§ 12a Satz 1 SGB II) nicht nach. Laufende Unterhaltszahlungen wären nach § 11 SGB II auf einen Leistungsanspruch von Frau Müller und ihrer Tochter anzurechnen und würden ggf. diesen übersteigen und damit die Hilfebedürftigkeit beenden.

Da Frau Müller weder für sich noch für ihre Tochter Unterhaltszahlungen erhält und deshalb Leistungen nach dem SGB II erbracht werden müssen, gehen die Unterhaltsansprüche nach § 33 SGB II auf die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende in Höhe der erbrachten Leistungen über. Da Frau Müller Chantalls Vater nicht nennt, kann die Grundsiche-

rungsstelle den Anspruchsübergang nicht prüfen. Sie kann insbesondere nicht feststellen, ob der Vater unterhaltsrechtlich und sozialrechtlich leistungsfähig ist und in welcher Höhe er monatlich Unterhalt zahlen müsste.

Auch ein Anspruch auf Unterhaltsleistung nach dem Unterhaltsvorschussgesetz besteht nach § 1 Absatz 3 UhVorschG nicht, wenn Frau Müller sich weiterhin weigert, die erforderlichen Auskünfte zu erteilen oder bei der Feststellung der Vaterschaft oder des Aufenthalts des anderen Elternteils mitzuwirken.

Ob die bestehenden grundsätzlichen Leistungsansprüche von Frau Müller und ihrer Tochter Chantall wegen fehlender Mitwirkung (§ 60 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 SGB I) zu versagen bzw. zu entziehen sind, da Frau Müller erheblich die Aufklärung des Sachverhaltes erschwert und somit die Voraussetzungen der Leistung nicht nachgewiesen sind (§ 66 Absatz 1 Satz 1 SGB I), hängt davon ab, ob die Grenzen ihrer Mitwirkungspflicht erreicht sind (§ 65 Abs. 1 Nr. 2 SGB I). Kann ihr die Erfüllung aus wichtigem Grund nicht zugemutet werden, dann dürfen die Leistungen nicht versagt werden. Ob ein solcher wichtiger Grund vorliegt, ist von Amts wegen zu überprüfen. Frau Müller muss im Einzelfall nachvollziehbar darlegen und glaubhaft machen, dass ein wichtiger Grund vorliegt. Kann Frau Müller tatsächlich keine Angaben zur Person des Vaters machen bzw. ist es ihr im Einzelfall nicht zuzumuten, liegt keine Verweigerung der Mitwirkung vor.

Die fehlende Mitwirkung der Mutter als gesetzliche Vertreterin der Tochter ist dem Kind zuzurechnen.

3.2 Zustimmung zur Erteilung von Auskünften (§ 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 HS 2 SGB I)

Sofern und soweit der Antragsteller die für die Entscheidung erheblichen Tatsachen nicht vollständig selbst angeben kann bzw. Tatsachen noch zu beweisen sind, ist er verpflichtet, der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen.



Hinweis: Im Rahmen des SGB II sind zusätzlich die speziellen Regelungen zur Mitwirkungspflicht zu beachten.

Dritte, die in rechtlichen Beziehungen zum Leistungsberechtigten und dem die Leistungspflicht auslösenden Ereignis stehen (z. B. Familienmitglieder, Schädiger), sind nicht zur Mitwirkung gemäß §§ 60 ff SGB I verpflichtet. Sofern Dritte zur Bedarfsgemeinschaft gehören oder sonst im Leistungsbezug stehen, bestehen hieraus eigene Mitwirkungspflichten.

Gleichwohl bestehen für diesen Personenkreis unter Umständen Auskunfts- und Mitwirkungspflichten nach dem SGB II und SGB X.

3.3 Mitteilung von Änderungen (§ 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB I)

Die Verpflichtung zur unverzüglichen Mitteilung von Änderungen wirkt bereits ab dem Zeitpunkt der Antragstellung und der im Zusammenhang damit erfolgten Angabe von Tatsachen. Der Leistungsempfänger bzw. –berechtigte muss alle Änderungen, die sich auf Umstände

beziehen, die für die Leistung möglicherweise bedeutsam sind, dem Leistungsträger mitteilen. Insbesondere werden dies Änderungen in den finanziellen Verhältnissen bei vom Einkommen abhängigen Leistungen sein, aber auch Umstände aus dem persönlichen Lebensbereich.

Unverzüglich bedeutet ohne schuldhaftes Zögern.

Beispiele zur Mitwirkungspflicht nach § 60 Abs. 1 Nr. 2 SGB I:

Für die Leistung erhebliche Änderungen

- Arbeitsaufnahmen
- Einkommensänderungen (auch Versicherungs- und Werbungskosten)
- Vermögenszuwachs
- Aufenthaltsverhältnisse (z. B. Umzüge, stationäre Aufnahmen)
- Ortsabwesenheit
- Ein- und Auszug von Personen in die Haushalts- oder Bedarfsgemeinschaft
- Kosten der Unterkunft (z. B. Miete, Nebenkosten, Gebäudeversicherung)

Änderungen über abgegebene Erklärungen

- Kontonummer

Beispiel 3:

Herr Schulz hat es durch intensive Bemühungen und durch Unterstützung der Arbeitsvermittlung wieder in ein Arbeitsverhältnis geschafft. Am 10.02.2010 erhält er vom Firmenchef die Mitteilung, dass er ab 01.03.2010 dort in ein Dauerarbeitsverhältnis einmündet. Herr Schulz informiert umgehend am 11.02.2010 seinen Leistungssachbearbeiter. Auch informiert er, wann erstmals sein Lohn zufließt und über dessen Höhe. Herr Schulz ist seiner Mitwirkungspflicht nach § 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB I damit nachgekommen.

3.4 Bezeichnung von Beweismitteln/Vorlage von Beweisurkunden (§ 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB I)

Die Behörde bedient sich der Beweismittel, die sie zur Ermittlung des Sachverhalts für erforderlich hält. Die Verpflichtung zur **Beweisbezeichnung** besteht an sich auch ohne entsprechendes Verlangen des Leistungsträgers. Der Betroffene wird häufig nicht ohne weiteres erkennen können, welche Tatsachen beweisbedürftig sind. Daher muss der Leistungsträger den Verpflichteten auf beweisbedürftige Tatsachen hinweisen.

Handelt es sich bei den **Beweismitteln** um Urkunden, hat der Antragsteller/Leistungsempfänger diese **auf Verlangen des Leistungsträgers vorzulegen oder deren Vorlage zuzustimmen**. Der Leistungsträger kann frei wählen, für welche der beiden Möglichkeiten er sich entscheidet. Die Vorlagepflicht bezieht sich jedoch nur auf solche Beweisurkunden, die leistungs- und entscheidungserhebliche und gleichzeitig beweisbedürftige Tatsachen betreffen. In diesem Zusammenhang ist der Erforderlichkeitsgrundsatz der allgemeinen Datenschutzvorschriften (§ 67a Abs. 1 Satz 1 SGB X) zu beachten, der - neben § 65 SGB I (siehe 7.) - eine Grenze der Mitwirkungspflichten darstellt. Die Pflicht zur Vorlage von Nachweisen besteht danach nur insoweit, als sie zur Feststellung der für die Erbringung der Sozialleistung erheblichen Tatsachen erforderlich ist. Darüber hinaus ist zu beachten, dass Daten zunächst beim Betroffenen zu erheben sind (§ 67a Abs. 2 Satz 1 SGB X). Der Leistungsträger sollte hiervon eine Kopie zur Akte nehmen oder eine ausreichende Dokumentation in der Akte vornehmen. Nicht erhebliche Angaben sind ggf. zu schwärzen.

Beispiele zur Mitwirkungspflicht nach § 60 Abs. 1 Nr. 3 SGB I:

Bezeichnung von Beweismitteln

- Zeugenaussagen
- Namen und Anschriften behandelnder Ärzte
- ärztliches Attest

Vorlage von Beweisurkunden

- Belege wie z. B. Kontoauszüge (vgl. [Entscheidung des BSG vom 19.09.2008, B 14 AS 45/07 R](#))
- Verdienstbescheinigungen
- Rentenbescheide

Zustimmung der Vorlage von Beweisurkunden

- Unterlagen des Beistandes wegen Unterhaltsansprüchen

Beispiel 4:

Herr Schulz hat sich durch die Arbeitsaufnahme leider nicht vollständig aus der Hilfebedürftigkeit gelöst. Er erhält weiterhin aufstockend Leistungen. Er macht die Berücksichtigung seiner Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen nach § 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 SGB II geltend. Der Leistungsträger fordert schriftlich das Gerichtsurteil an. Herr Schulz kommt der Aufforderung nach und die Aufwendungen können berücksichtigt werden.

3.5 Mitwirkung von Erstattungspflichtigen (§ 60 Abs. 1 Satz 2 SGB II)

Die Regelungen und Beispiele, die unter den Punkten 3.1 bis 3.3 genannt wurden, gelten auch für denjenigen, der Leistungen an den Leistungsträger zu erstatten hat.

3.6 Benutzung von Vordrucken (§ 60 Abs. 2 SGB I)

Der Leistungsträger ist verpflichtet, durch die Verwendung allgemein verständlicher Antragsvordrucke den Zugang zu den Sozialleistungen möglichst einfach zu gestalten. Daher sind vorhandene Vordrucke vom Antragsteller nach Möglichkeit zu nutzen. Dies versetzt die Verwaltung in die Lage einer zügigen Beurteilung, bzw. ermöglicht ihr je nach Art der Formulare sogar eine Auswertung über die EDV.

4. Was ist hinsichtlich des Verfahrens zu beachten?

Der Antragsteller/Leistungsempfänger ist **schriftlich** zur Mitwirkung aufzufordern. Dafür sind die in den Fachverfahren oder im BK-Browser hinterlegten Schreiben zu nutzen.

Bei der Aufforderung zur Mitwirkung ist **eindeutig, klar** und **unmissverständlich** darzulegen, was tatsächlich und rechtlich vom Mitwirkungspflichtigen verlangt wird und **welche Folgen** ihm bei Unterlassen drohen. Beispielsweise ist darauf zu achten, dass in den Schreiben immer die konkret geforderten Unterlagen benannt werden.

Gemäß § 66 Abs. 3 SGB I ist dem Antragsteller/Leistungsempfänger zur Erbringung seiner Mitwirkung eine **angemessene Frist** einzuräumen. Die Frist sollte im Regelfall mindestens 14 Kalendertage betragen. Die Frist beginnt mit Bekanntgabe. Soweit die Umstände des

Einzelfalles eine längere Frist notwendig erscheinen lassen, ist einer Fristverlängerung zuzustimmen. Dem Kunden muss ein hinreichender Überlegungs- und Informationszeitraum gegeben werden und es muss ihm möglich sein, die geforderte Mitwirkung vornehmen zu können. Dies ist fallbezogen zu beurteilen.



Hinweis: Die entsprechenden Vorgänge sollten möglichst nicht am letzten Tag der Frist bearbeitet werden, da auf Grund von Postlaufzeiten (intern/extern) Verzögerungen auftreten können. Die Posteingänge sollten in geeigneter Weise dokumentiert und nachweisbar sein (z. B. Posteingangsstempel, Eintrag Fachverfahren). Dabei sind insbesondere auch die Regelungen zur Zusammenarbeit der SGB III-Träger und der SGB II-Träger nach § 18a SGB II maßgeblich.

Beispiel 5:

Der Antragsteller hat innerhalb weniger Monate vor der Beantragung von Leistungen nach dem SGB II bebaute Grundstücke verkauft. Er wurde mit einer Frist von 14 Tagen aufgefordert, die Kaufverträge vorzulegen. Er verfügt selbst über die Verträge. Der Antragsteller wurde gemäß § 66 Abs. 3 SGB I vor der Versagung unter Setzung einer Frist von zwei Wochen auf die Versagungsfolge bei fehlender Mitwirkung ausdrücklich, fallbezogen und unmissverständlich hingewiesen. Die Frist von zwei Wochen ist angemessen.

Zusammenfassung:

- schriftliche Aufforderung zur Mitwirkung
- eindeutige Belehrung über die Rechtsfolgen
- konkrete Benennung der geforderten Mitwirkungspflichten
- angemessene Frist einräumen (Postrücklaufzeiten beachten)

5. Mitwirkung durch persönliches Erscheinen (§ 61 SGB I)

Diese Bestimmung soll dem Leistungsträger die Möglichkeit geben, entscheidungserhebliche Tatsachen im persönlichen Gespräch zu ermitteln. Dies wird zumeist auch der Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens dienen.

Die Meldepflicht nach § 59 SGB II unterscheidet sich in Voraussetzungen, Rechtscharakter und Folgen von der Mitwirkung nach § 61 SGB I. In den Fällen nach § 59 SGB II tritt grundsätzlich eine Sanktion gemäß § 31 SGB II als Rechtsfolge ein.

Die Mitwirkung gemäß § 61 SGB I ist für andere Sozialleistungsträger, die über keine weiteren Möglichkeiten zur Meldeaufforderung verfügen, die einzige Möglichkeit, den Betroffenen zum persönlichen Erscheinen aufzufordern.

Beispiel 6:

Herr Schulz wurde zum 31.08.2010 von seinem Arbeitgeber entlassen. Dies teilt er im Eingangsbereich mit. Um die Gründe zu klären, wird er durch seinen Leistungssachbearbeiter schriftlich zu einem persönlichen Gespräch eingeladen.

Die Mitwirkung gemäß § 61 SGB I gilt nicht für Erstattungspflichtige.

6. Mitwirkung im Rahmen von Untersuchungen (§ 62 SGB I)

Diese Regelung dient der Ermittlung solcher tatsächlichen Gegebenheiten in der Person des Leistungsberechtigten, die grundsätzlich nur vom fachkundigen Arzt oder Psychologen festgestellt werden können und die für die Entscheidung über Sozialleistungen erforderlich sind, aber nicht auf andere Weise (z. B. Beiziehung bereits vorliegender Befunde und Atteste) geklärt werden können.

Die Mitwirkung gemäß § 62 SGB I gilt nicht für Erstattungspflichtige.



Hinweis: Die Meldepflicht gemäß § 59 SGB II verpflichtet den Mitwirkungspflichtigen, zu einer Untersuchung zu erscheinen, nicht jedoch, an der Untersuchung mitzuwirken. Dies wird über § 62 SGB I von ihm verlangt.

Beispiel 7:

Als Grund für seine Entlassung gibt Herr Schulz psychische Probleme an, die seine Arbeitsleistung beeinträchtigten. Um die Erwerbsfähigkeit von Herrn Schulz zu klären, wird er zu einem ärztlichen Untersuchungstermin bei einem Amtsarzt schriftlich eingeladen und aufgefordert, sich der Untersuchung zu unterziehen.

7. Grenzen der Mitwirkung (§ 65 SGB I)

§ 65 SGB I wendet sich sowohl an den Leistungsträger als auch an den Leistungsberechtigten und zieht die Grenzen für sämtliche Mitwirkungspflichten.

7.1 Allgemeine Grenzen der Mitwirkung nach § 65 Abs. 1 SGB I

§ 65 Abs. 1 gilt für alle Mitwirkungspflichten der §§ 60 – 64 SGB I. Danach bestehen die Mitwirkungspflichten nicht, soweit

1. ihre Erfüllung nicht in einem angemessenen Verhältnis zu der in Anspruch genommenen Sozialleistung oder ihrer Erstattung steht oder
2. ihre Erfüllung dem Betroffenen aus einem wichtigen Grund nicht zugemutet werden kann oder
3. der Leistungsträger sich durch einen geringeren Aufwand als der Antragsteller oder Leistungsberechtigte die erforderlichen Kenntnisse selbst beschaffen kann.

Beispiel 8:

Herr Schulz bringt gegen die Einladung zum ärztlichen Dienst und damit gegen die Mitwirkungspflicht nach § 62 SGB I vor, dass er bereits durch den Rentenversicherungsträger hinsichtlich seiner körperlichen Leistungsfähigkeit amtsärztlich untersucht wurde. Der Leistungssachbearbeiter leitet diese Information an den ärztlichen Dienst weiter. Der ärztliche Dienst kommt zu dem Schluss, dass ein persönliches Erscheinen nicht unbedingt notwendig ist, weil die erforderlichen Kenntnisse nach § 65 Abs. 1 Nr. 3 SGB I in Verbindung mit §§ 76, 96 SGB X auch durch den Rentenversicherungsträger übermittelt werden können.

7.2 Grenzen der Zumutbarkeit der Untersuchung nach § 65 Abs. 2 SGB I

§ 65 Abs. 2 SGB I enthält für die Mitwirkungspflichten nach § 62 SGB I zusätzliche Zumutbarkeitsgrenzen.

Behandlungen und Untersuchungen

1. bei denen im Einzelfall ein Schaden für Leben oder Gesundheit nicht mit hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann,
2. die mit erheblichen Schmerzen verbunden sind oder
3. die einen erheblichen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit bedeuten,

können abgelehnt werden.

7.3 Recht auf Verweigerung von Angaben nach § 65 Abs. 3 SGB I

Angaben, die dem Antragsteller, dem Leistungsberechtigten oder ihnen nahestehenden Personen die **Gefahr** zuziehen würden, **wegen einer Straftat** oder **einer Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden**, können verweigert werden.

Diese Mitwirkungsgrenze besteht nicht automatisch, sondern **muss geltend gemacht werden**.

Angaben in diesem Sinne sind alle Erkenntnisquellen, die Rückschlüsse auf die Voraussetzungen für eine Verfolgung wegen Straftat oder Ordnungswidrigkeiten zulassen.

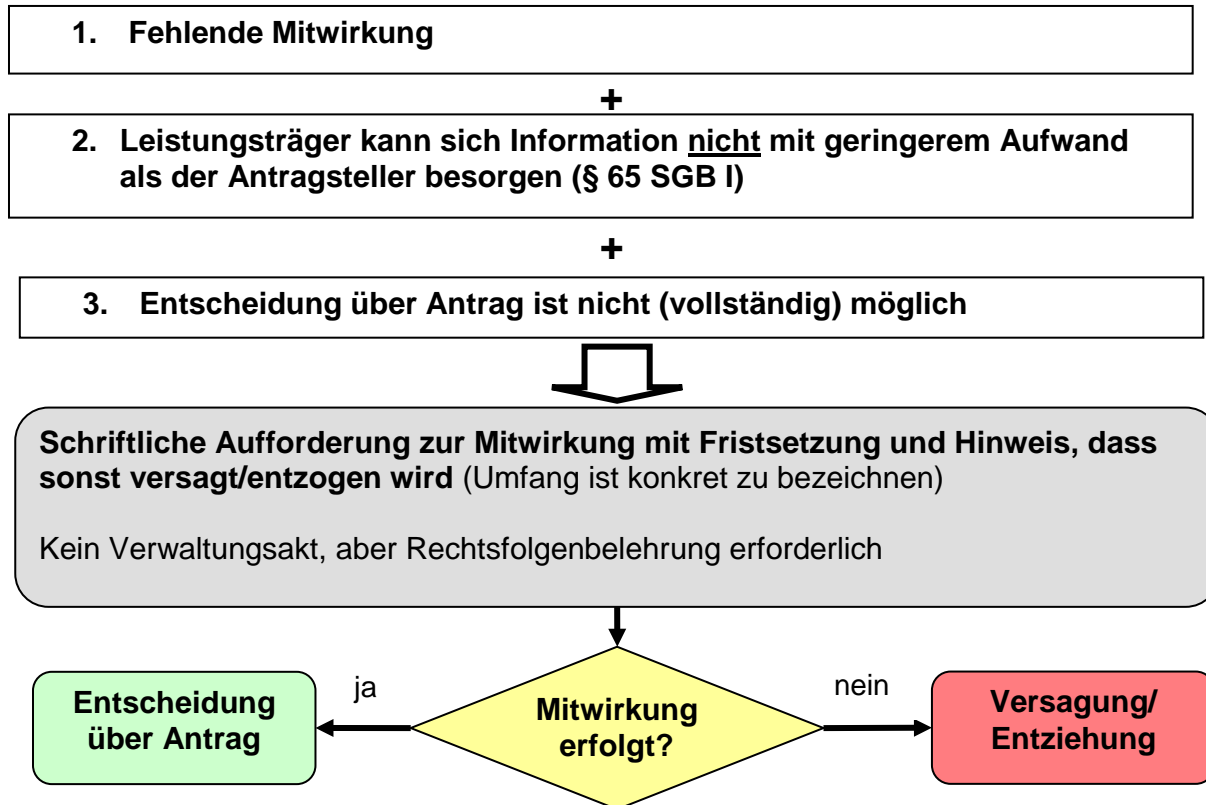
Anwendbar ist § 65 Abs. 3 SGB I grundsätzlich auf jedwede Form von Tatsachenangaben im Sinne des § 60 SGB I, auf das persönliche Erscheinen gemäß § 61 SGB I und auf Untersuchungen gemäß § 62 SGB I.

Geschützt sind neben dem Betroffenen selbst sein Verlobter, sein Ehegatte, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht, und diejenigen, die mit ihm in gerader Linie verwandt oder verschwägert oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grad verwandt oder verschwägert sind oder waren.

Der Betroffene ist über sein Schweigerecht nach § 65 Abs. 3 SGB I **zu belehren**, sofern die Voraussetzungen hierfür gegeben oder zu vermuten sind.

IV. Folgen fehlender Mitwirkung – Entziehung/Versagung, § 66 SGB I

Verfahrensgang



§ 66 SGB I beinhaltet die einzig rechtmäßige Reaktionsmöglichkeit für den Leistungsträger im Falle eines infolge unterlassener Mitwirkung nicht oder nur mit erheblichem Mehraufwand aufklärbaren Sachverhalts.

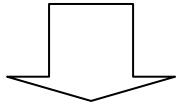
**Neuantrag
Weiterbewilligungsantrag
(keine Leistungserbringung)**

Beispiel 9:
Herr Müller stellt einen Antrag auf Gewährung von Leistungen. Trotz Aufforderung werden weder für Vermögen noch für Einkommen Nachweise vorgelegt. Eine Prüfung des Anspruchs ist nicht möglich.

Laufender Bezug

Beispiel 10:
Frau Izmir steht im laufenden Leistungsbezug und teilt mit, dass in drei Monaten eine Änderung ihrer Einkünfte eintreten wird. Trotz rechtzeitiger Aufforderung werden entsprechende Nachweise nicht eingereicht.

Was ist zu tun?



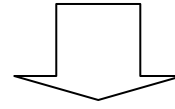
Versagung

Dem Antragsteller ist (unter den untenstehenden Voraussetzungen) die Leistung **zu versagen** (§ 66 Abs. 1 SGB I), da er nicht mitwirkt.

Wirkung der Versagung:

Die Versagung der Leistung wirkt von der Antragstellung an (ggf. rückwirkend).

Die Entscheidung über den Antrag ist bis zur Nachholung der Mitwirkung zurückgestellt.



Entziehung

Der Antragstellerin ist die Leistung (unter den untenstehenden Voraussetzungen) **zu entziehen** (§ 66 Abs. 1 SGB I), da sie nicht mitwirkt.

Wirkung der Entziehung:

Die Entziehung der Leistung wirkt ab dem Folgemonat nach Bekanntgabe der Entziehungsentscheidung.

Die Entziehung ist also immer nur für die Zukunft möglich!

Beachte:

Eine Versagung/Entziehung kommt immer nur dann in Betracht, wenn über die Gewährung der Leistung ohne die Mitwirkung nicht entschieden werden kann. Steht fest, dass die Voraussetzungen für die Leistungsgewährung nicht vorliegen, ist ein Antrag abzulehnen. Soweit die Voraussetzungen für die Leistungsgewährung nachgewiesen vorliegen, ist zu bewilligen.

Versagung/Entziehung

Die Sache ist **nicht entscheidungsreif** und eine Entscheidung kann auf dem üblichen Verwaltungsweg nicht herbeigeführt werden.
(Die Behörde kann den Sachverhalt ohne die Mitwirkung nicht aufklären).

Ablehnung/Bewilligung

Entscheidungsreife kann dennoch hergestellt werden:
Die Voraussetzungen der Leistungen können **eindeutig nachgewiesen** werden (Bewilligung) oder liegen **nachweislich eindeutig nicht vor** (Ablehnung).

aber:

Die Behörde darf grundsätzlich nur ablehnen, wenn die Voraussetzungen der Leistung **nachweislich** nicht vorliegen.

a) Formale Voraussetzungen nach § 66 Abs. 3 SGB I:

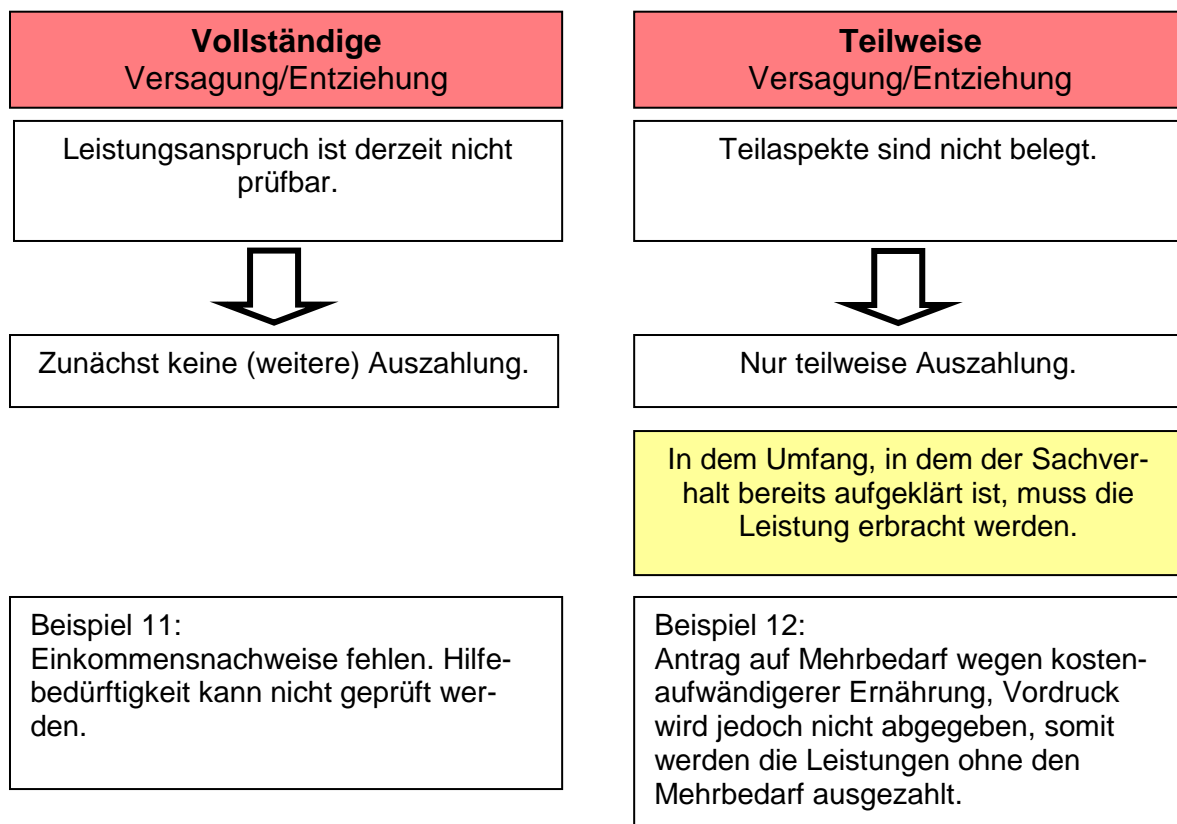
- **Schriftliche Aufforderung** zur Mitwirkung
- **mit angemessener Fristsetzung** und
- **Hinweis, dass sonst versagt/entzogen wird**

Siehe Ziffer III. 4.

b) Entscheidung:

Die Versagung/Entziehung der Leistung kann **ganz** oder **teilweise** erfolgen.

Die Entscheidung hierüber erfolgt unter Ausübung pflichtgemäßen Ermessens.



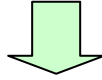
Die fehlende Mitwirkung muss **ursächlich** dafür sein, dass der Leistungsanspruch ganz oder teilweise nicht belegt ist.

Ermessen (Abwägung aller Für und Wider):

Unter anderem könnte berücksichtigt werden, ob der Hilfebedürftige auf Grund seiner Lebensumstände oder einer Krankheit gehindert war, den Mitwirkungspflichten nachzukommen. Eventuell könnte es eher angezeigt sein, zunächst erneut zu beraten oder beispielsweise eine Nachfrist zu setzen. Hierbei ist stets auf den Einzelfall abzustellen.

V. Nachholung fehlender Mitwirkung (§ 67 SGB I)

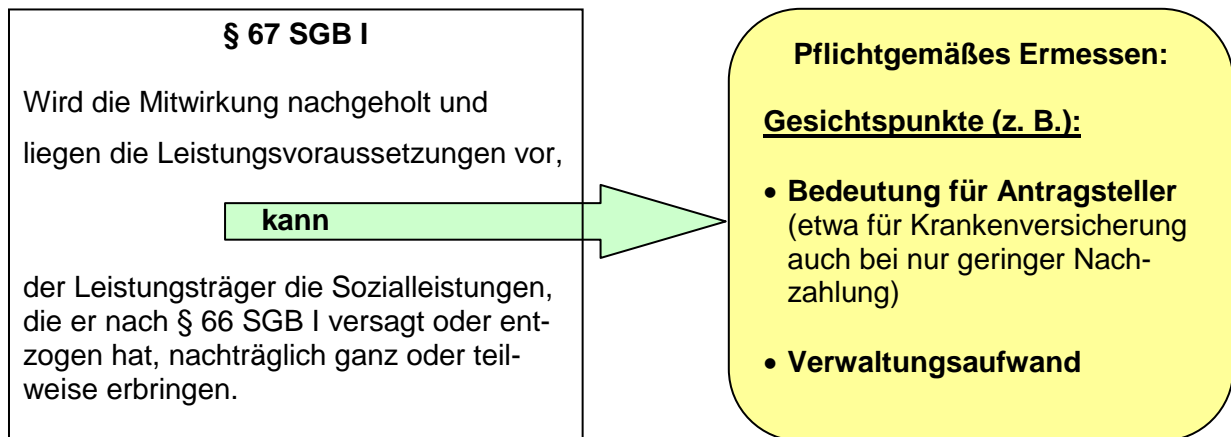
Wird die Mitwirkung nachgeholt und liegen die Leistungsvoraussetzungen vor, **kann** der Leistungsträger die Sozialleistungen, die er nach § 66 versagt oder entzogen hat, nachträglich ganz oder teilweise erbringen.



Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens

Die nachträgliche Leistungsgewährung steht im **Ermessen** des Leistungsträgers. Es erstreckt sich

- sowohl auf die Leistungsgewährung überhaupt (ob und ab wann) als auch
- in welchem Umfang (ganz oder teilweise) die Leistung erbracht wird.



Wie bei jeder Ermessenentscheidung muss sich der Leistungsträger dabei in einem bestimmten Rahmen halten, der durch § 39 SGB I vorgegeben ist, d. h. er hat sein Ermessen entsprechend dem Zweck der Ermächtigung auszuüben und muss die gesetzlichen Grenzen des Ermessens einhalten. Auf pflichtgemäße Ausübung des Ermessens besteht ein Anspruch.

1. Gesichtspunkte des Ermessens:

- **Grad der Pflichtwidrigkeit**
- wirtschaftliche Situation
- Bedeutung der Leistungen für den Betroffenen und seine Angehörigen
- Gründe für die zeitweise Verweigerung der Mitwirkung
- zwischenzeitliche Leistungen durch Andere
- **Existenzsicherungsfunktion** einer Sozialleistung
- ob und inwieweit der Zweck einer Leistung nachträglich noch erreicht werden kann
- Ausmaß des Verschuldens



Hinweis: Ermessensgesichtspunkte und -erwägungen müssen in der Begründung des Bescheides zu erkennen sein.

Beispiel 13:

Herr Lehmann hatte einen Antrag auf Leistungen gestellt und daraufhin ein Antragsformular ausgehändigt bekommen. Da er dieses auch nach Aufforderung nicht eingereicht hatte, wurde die Leistung versagt. In der Zwischenzeit hatte er gar nicht reagiert. Nach sieben Monaten werden die fehlenden Unterlagen eingereicht. Auf Grund des langen Zeitraumes kommt es in der Regel im Rahmen der Ermessensentscheidung zu einer Ablehnung der nachträglichen Leistungsgewährung. Zudem sind beispielsweise die Gesichtspunkte der Existenzsicherungsfunktion und insbesondere die Frage, ob der Zweck der Leistung noch erreicht werden kann, in die Ermessenserwägung einzubeziehen.

Die Entscheidung nach § 67 SGB I, ob Leistungen nach erfolgter Mitwirkung nachträglich ganz oder teilweise erbracht werden, **ergeht von Amts wegen**, d. h. sie setzt keinen Antrag voraus.

Bei der Prüfung des Vorliegens der Leistungsvoraussetzungen geht es nicht um die aktuelle Situation zum Zeitpunkt der Entscheidung nach § 67 SGB I, sondern darum, ob die Leistungsvoraussetzungen während des Zeitraumes **zwischen** der Bekanntgabe der **Entziehungsentscheidung bzw.** im Falle der Versagung **zwischen der Antragsstellung und der Nachholung der Mitwirkungshandlung** vorlagen, denn nur auf diesen Zeitraum erstreckt sich die Wirkung der Versagung/Entziehung und damit auch die nachträgliche Gewährung der Leistung.

Insoweit gilt der ursprüngliche Leistungsantrag durch die Versagungs-/Entziehungsentscheidung nicht als verbraucht.

Für die Zukunft und ggf. auch für die Vergangenheit ist nach erfolgter Mitwirkung hingegen unabhängig von § 67 SGB I eine Entscheidung über den Leistungsantrag oder über die Aufhebung der Leistungsbewilligung zu treffen.

2. Kosten

Die bei Erfüllung der Pflichten nach § 60 SGB I anfallenden Kosten hat der Mitwirkungsverpflichtete selbst zu tragen, soweit sich aus sondergesetzlichen Vorschriften nicht etwas anderes ergibt. **§ 65 a SGB I gilt nicht im Zusammenhang mit § 60 SGB I.**

§ 65 a SGB I Aufwendungsersatz:

Die Bestimmung des § 65 a SGB I soll finanzielle Nachteile ausgleichen, die dem Leistungsberechtigten auf Grund eines Verlangens, persönlich oder zu einem Untersuchungstermin zu erscheinen, entstanden sind (**bezieht sich nur auf Verlangen nach §§ 61 und 62 SGB I**).

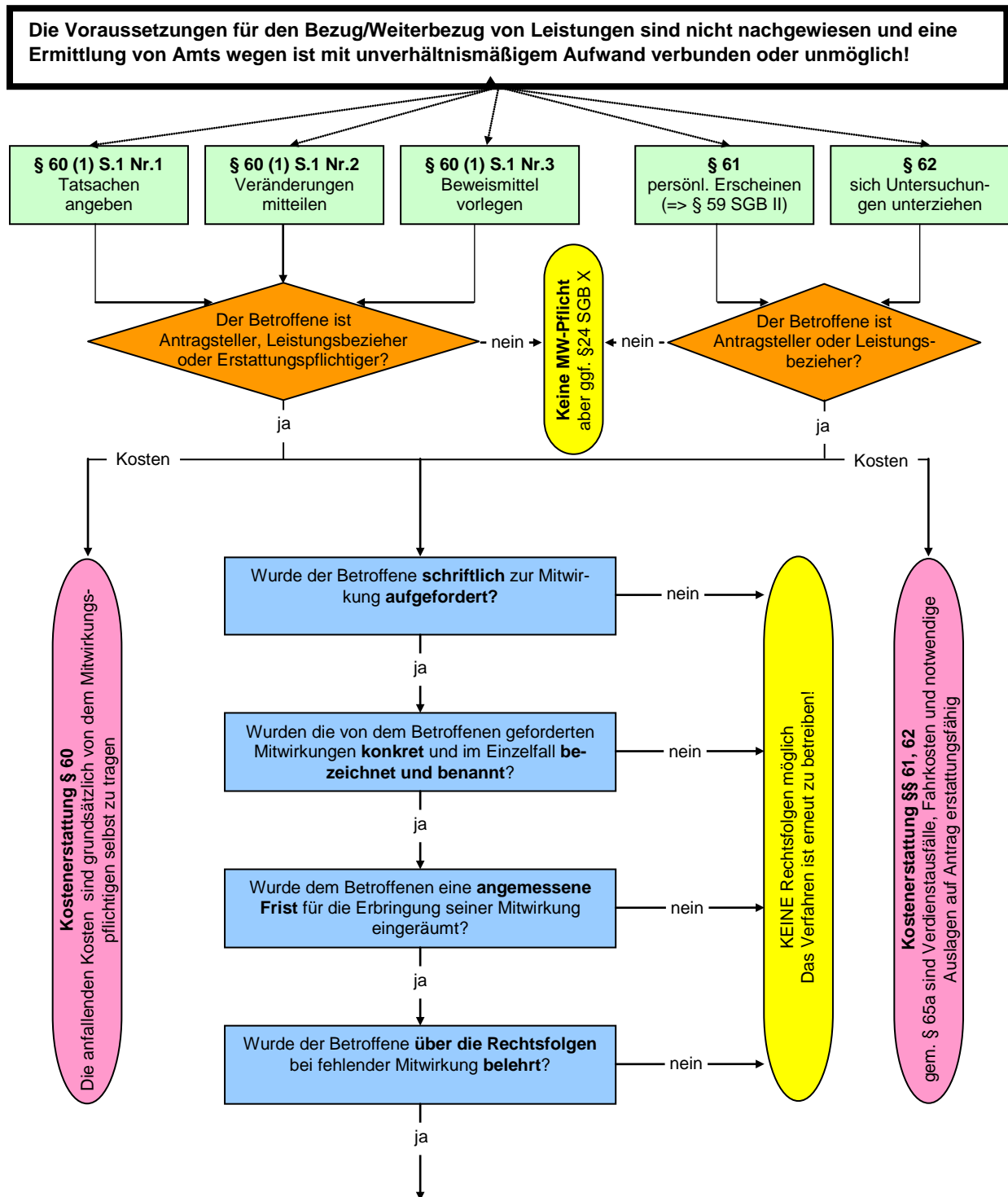
Beispiel 14:

Ersatz des Verdienstaufalles, Fahrkosten bei Vorsprache nach Aufforderung, Ersatz notwendiger Auslagen

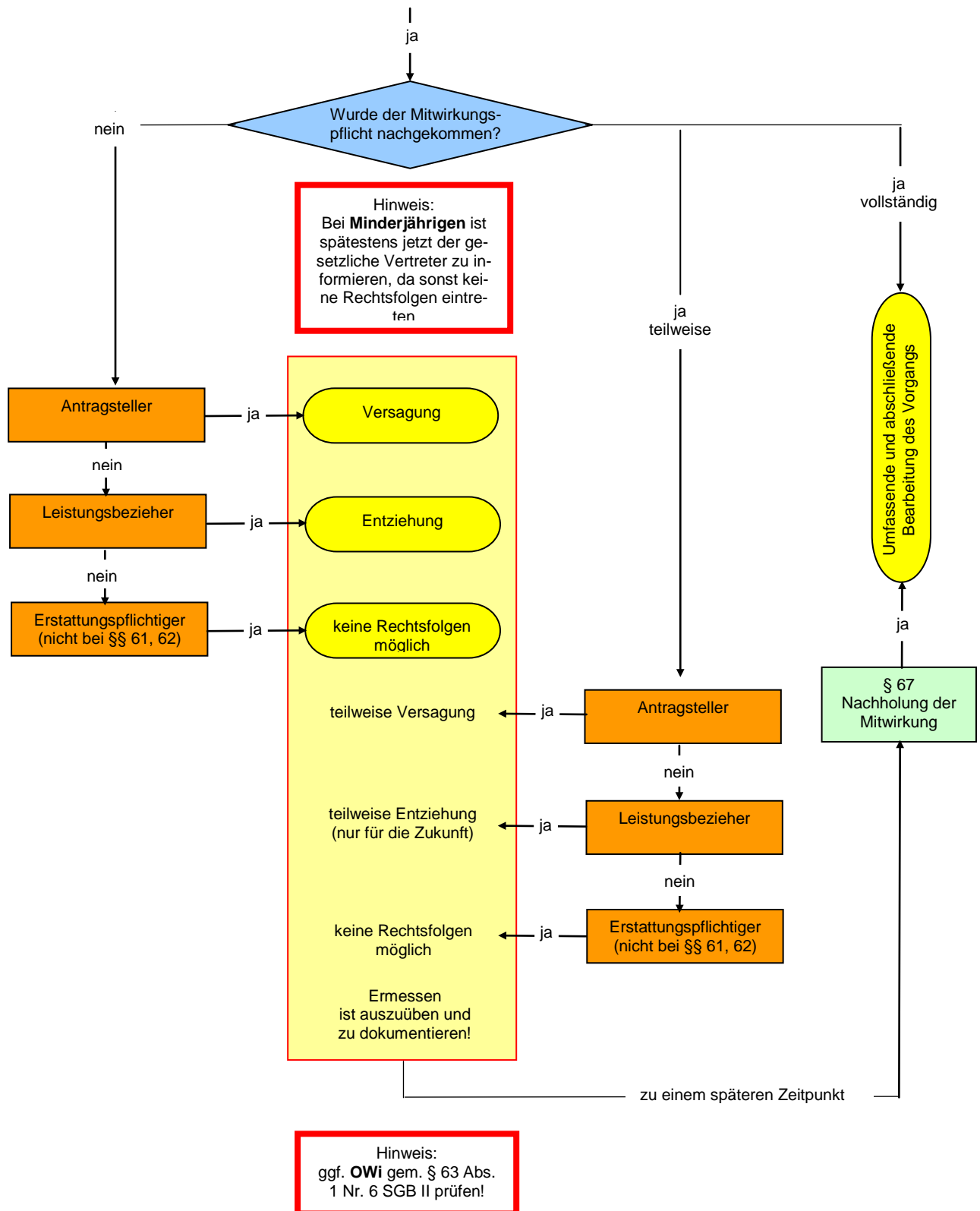
Voraussetzungen:

- Antragsstellung
- notwendig (weder überflüssig noch vermeidbar)
- Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens

VI. Ablaufschema



- alle Paragraphen ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf das SGB I -



Gesetzliche Grundlagen SGB I

§ 60 Angabe von Tatsachen

(1) Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, hat

1. alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind, und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen,
2. Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind oder über die im Zusammenhang mit der Leistung Erklärungen abgegeben worden sind, unverzüglich mitzuteilen,
3. Beweismittel zu bezeichnen und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers Beweisurkunden vorzulegen oder ihrer Vorlage zuzustimmen.

Satz 1 gilt entsprechend für diejenigen, der Leistungen zu erstatten hat.

(2) Soweit für die in Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 genannten Angaben Vordrucke vorgesehen sind, sollen diese benutzt werden.

§ 61 Persönliches Erscheinen

Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, soll auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers zur mündlichen Erörterung des Antrags oder zur Vornahme anderer für die Entscheidung über die Leistung notwendiger Maßnahmen persönlich erscheinen.

§ 62 Untersuchungen

Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, soll sich auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers ärztlichen und psychologischen Untersuchungsmaßnahmen unterziehen, soweit diese für die Entscheidung über die Leistung erforderlich sind.

§ 63 Heilbehandlung

Wer wegen Krankheit oder Behinderung Sozialleistungen beantragt oder erhält, soll sich auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers einer Heilbehandlung unterziehen, wenn zu erwarten ist, dass sie eine Besserung seines Gesundheitszustands herbeiführen oder eine Verschlechterung verhindern wird.

§ 64 Berufsfördernde Maßnahmen

Wer wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit, anerkannten Schädigungsfolgen oder wegen Arbeitslosigkeit Sozialleistungen beantragt oder erhält, soll auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben teilnehmen, wenn bei angemessener Berücksichtigung seiner beruflichen Neigung und seiner Leistungsfähigkeit zu erwarten ist, dass sie seine Erwerbs- oder Vermittlungsfähigkeit auf Dauer fördern oder erhalten werden.

§ 65 Grenzen der Mitwirkung

(1) Die Mitwirkungspflichten nach den §§ 60 bis 64 bestehen nicht, soweit

1. ihre Erfüllung nicht in einem angemessenen Verhältnis zu der in Anspruch genommenen Sozialleistung oder ihrer Erstattung steht oder
2. ihre Erfüllung dem Betroffenen aus einem wichtigen Grund nicht zugemutet werden kann oder
3. der Leistungsträger sich durch einen geringeren Aufwand als der Antragsteller oder Leistungsberechtigte die erforderlichen Kenntnisse selbst beschaffen kann.

(2) Behandlungen und Untersuchungen,

1. bei denen im Einzelfall ein Schaden für Leben oder Gesundheit nicht mit hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann,
2. die mit erheblichen Schmerzen verbunden sind oder
3. die einen erheblichen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit bedeuten, können abgelehnt werden.

(3) Angaben, die dem Antragsteller, dem Leistungsberechtigten oder ihnen nahestehende Personen (§ 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozessordnung) die Gefahr zuziehen würden, wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden, können verweigert werden.

§ 65a Aufwendungsersatz

(1) Wer einem Verlangen des zuständigen Leistungsträgers nach den §§ 61 oder 62 nachkommt, kann auf Antrag Ersatz seiner notwendigen Auslagen und seines Verdienstaufschlags in angemessenem Umfang erhalten. Bei einem Verlangen des zuständigen Leistungsträgers nach § 61 sollen Aufwendungen nur in Härtefällen ersetzt werden.

(2) Absatz 1 gilt auch, wenn der zuständige Leistungsträger ein persönliches Erscheinen oder eine Untersuchung nachträglich als notwendig anerkennt.

§ 66 Folgen fehlender Mitwirkung

(1) Kommt derjenige, der eine Sozialleistung beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach den §§ 60 bis 62, 65 nicht nach und wird hierdurch die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert, kann der Leistungsträger ohne weitere Ermittlungen die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen, soweit die Voraussetzungen der Leistung nicht nachgewiesen sind. Dies gilt entsprechend, wenn der Antragsteller oder Leistungsberechtigte in anderer Weise absichtlich die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert.

(2) Kommt derjenige, der eine Sozialleistung wegen Pflegebedürftigkeit, wegen Arbeitsunfähigkeit, wegen Gefährdung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit, anerkannten Schädigungsfolgen oder wegen

Arbeitslosigkeit beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach den §§ 62 bis 65 nicht nach und ist unter Würdigung aller Umstände mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass deshalb die Fähigkeit zur selbständigen Lebensführung, die Arbeits-, Erwerbs- oder Vermittlungsfähigkeit beeinträchtigt oder nicht verbessert wird, kann der Leistungsträger die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen.

(3) Sozialleistungen dürfen wegen fehlender Mitwirkung nur versagt oder entzogen werden, nachdem der Leistungsberechtigte auf diese Folge schriftlich hingewiesen worden ist und seiner Mitwirkungspflicht nicht innerhalb einer ihm gesetzten angemessenen Frist nachgekommen ist.

§ 67 Nachholung der Mitwirkung

Wird die Mitwirkung nachgeholt und liegen die Leistungsvoraussetzungen vor, kann der Leistungsträger Sozialleistungen, die er nach § 66 versagt oder entzogen hat, nachträglich ganz oder teilweise erbringen.